

8. September 1970: Gespräch des sowjetischen Botschafters in der BRD, S. K. Carapkin, mit dem Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung der BRD, K. Ahlers*

Geheim. Ex. Nr. 1

Ich lud Ahlers zum Frühstück ein.

Im Gespräch mit ihm wurden folgende Fragen zur Sprache gebracht.

1. Westberlin. Ich machte Ahlers darauf aufmerksam, dass seitens der Opposition und in gewissen Maße auch in der offiziellen Propaganda in letzter Zeit verstärkt ein Junktim zwischen den Viermächteverhandlungen über Westberlin und der Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages hergestellt und die Abhängigkeit der Ratifizierung des Vertrages von der Erzielung einer die BRD zufriedenstellenden Übereinkunft über Westberlin hervorgehoben werde. Ich merkte¹ an, dass die Versuche, ein solches Junktim herzustellen, letztendlich den Interessen der BRD zuwiderlaufen und der Erzielung einer vernünftigen Übereinkunft bei den Viermächteverhandlungen in Berlin Schaden zufügen können. Ich betonte, dass die BRD, die an den genannten Verhandlungen nicht teilnehme, an diese Frage mit gut abgewogenen, realistischen Positionen herangehen müsse. Die Regierung der BRD dürfe sich keiner Erpressung und Aufstachelung der CDU/CSU hingeben, die von der Regierung ein Einwirken auf die Position der drei Westmächte verlange, bei den Viermächteverhandlungen über Westberlin übermäßige Forderungen zu erheben.

Ahlers sagte, Kanzler Brandt und der regierende Bürgermeister Schütz würden in der Frage Westberlin eine überaus realistische Position einnehmen. Sie würden nicht darauf abzielen, um jeden Preis zu einer für sie völlig zufriedenstellenden Lösung dieses Problems zu kommen, sondern es wäre für sie ausreichend, wenn diesbezüglich einfach eine vernünftige Regelung gefunden würde. Für die BRD, merkte der Gesprächspartner an, gehe es darum, den Status Westberlins und die zwischen der BRD und dieser Stadt entstandenen tatsächlichen Beziehungen in vertraglicher Form festzuschreiben. In diesem Zusammenhang müsse in der Übereinkunft der vier Mächte klar festgelegt werden, wie die Präsenz der BRD in Westberlin zum Ausdruck kommen könne und worauf sie keine Rechte hätte. Ahlers merkte an, dass diesbezüglich die Frage über eine Vertretung der Interessen Westberlins nach außen durch die Bundesrepublik für die Regierung von großer Bedeutung sei.

Im Zusammenhang mit dieser Anmerkung von Ahlers sagte ich, dass das Aufwerfen dieser Frage perspektivlos sei. Die Ansprüche der BRD seien unbegründet, deren Erfüllung würde den entsprechenden Viermächtevereinbarungen widersprechen und den Interessen sowohl der Sowjetunion als auch der DDR zuwiderlaufen.

Ahlers sagte, dass er diese Sichtweise verstehe. Im Gespräch legte Ahlers die eigentliche Position der drei Westmächte in der nächsten Verhandlungsrunde in Berlin nicht offen. Er merkte lediglich an, dass sich die BRD aktiv an den laufenden Vorbereitungen beteilige. Er teilte mit, dass die mit den Verhandlungen über Westberlin in Zusammenhang stehenden Probleme am 17./18. September in Bonn in einem vierseitigen Arbeitsgremium erörtert würden, zu dessen Aufgabe die Abstimmung der Positionen von den USA, Großbritannien, Frankreich und der BRD zu Westberlin zähle. Diesmal werde die Sitzung des Gremiums, im Gegensatz zum übli-

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 569, S. 45–51. – Botschaft der UdSSR in der BRD, 18. September 1970. Nr. 211. Aus dem Dienstagebuch von S. K. Carapkin. Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 31261, 24. September 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU.“ Hs.: „[2]5-s/7. Information auf der Rückseite.“ Hs. verfügt: „[Ins Ar]chiv, [Unterschrift unleserlich], 10. November 1970.“ – Gesprächsdauer: 2,5 Stunden. Gesprächsteilnehmer: „Der Botschaftsrat und Gesandte der Botschaft der UdSSR in der BRD, A. P. Bondarenko, der erste Botschaftssekretär, G. I. Elizar’ev.“ Verteiler: „5 Ex.: 1 – Abteilung des ZK der KPdSU, 2 – 3. E[uropäische] A[bteilung] des MfAA der UdSSR, 3 – A[bteilung] für O[rganisation] von P[rotokollveranstaltungen] des MfAA der UdSSR, 4 – Botschaft der UdSSR in der DDR, 5 – zum Akt. 16. September 1970, mp. Nr. 430.“

¹ Die Worte „in diesem Zusammenhang“ wurden ms. durchgestrichen.

chen Verfahren, auf höherer Ebene stattfinden. In diesem Zusammenhang, bemerkte Ahlers, werde der Leiter der Europaabteilung im US-State Department, Hillenbrand, nach Bonn kommen. Ahlers wies darauf hin, dass die Westmächte bei der Ausarbeitung ihrer Verhandlungsposition die Absicht hätten, auch die im Zuge der Verhandlungen von sowjetischer Seite bereits geäußerten Überlegungen zu berücksichtigen. Ihrerseits, so unterstrich Ahlers, hofften die Regierungen der drei Westmächte, dass die Sowjetunion auch die von der westlichen Seite unterbreiteten Vorschläge berücksichtige.

Des Weiteren bemerkte Ahlers, dass sich die Bundesregierung bewusst sei, welche Gefahren die Abhängigkeit beinhalte, die zwischen der Erzielung einer Übereinkunft über Westberlin und der Ratifizierung des Vertrags zwischen der BRD und der Sowjetunion hergestellt wurde. Bei der Herstellung eines solchen Junktims, betonte der Gesprächspartner, ginge die Regierung der BRD jedoch davon aus, dass die Erzielung einer für alle daran interessierten Seiten annehmbaren Regelung zu Westberlin durchaus möglich sei. Sie halte auch jetzt weiter an dieser Sichtweise fest. Ahlers betonte weiterhin, dass, falls Brandt sehe, dass die CDU/CSU oder irgendeine der Westmächte danach strebten, die Verhandlungen über Westberlin für eine Untergrabung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags zu nutzen, er in der Lage sei, solchen Versuchen entgegen zu treten.

In diesem Zusammenhang ging Ahlers auf die Position der Westmächte ein und sagte, die Bundesregierung habe keinen Grund, die generell positive Einstellung ihrer westlichen Verbündeten zum Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD sowie deren Bereitschaft, vernünftige Lösungen für Westberlin zu finden, anzuzweifeln. Selbstverständlich jedoch, bemerkte Ahlers, gebe es in der Position der Westmächte gewisse Nuancen. Seiner Einschätzung nach äußere sich die englische Regierung, die an einer wohlwollenden Haltung der Bundesregierung zum Beitritt Englands zum Gemeinsamen Markt interessiert sei, am deutlichsten für eine Unterstützung der „Ostpolitik“ Brandts. Auch die Nixon-Administration habe keinen ernsthaften Einwand gegen den sowjetisch-westdeutschen Vertrag. Die größte Sorge bereite ihnen, so Ahlers, die Position Frankreichs, wo derzeit „Misstrauen und Eifersucht“ ziemlich weit verbreitet seien. Diese Haltung sei besonders charakteristisch für den französischen Außenminister Schuman. Der Gesprächspartner erklärte, dass nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen Schuman die Verhandlungen über Westberlin dafür benutzen möchte, um das „Maß an Verantwortung“ Frankreichs gegenüber Deutschland als Ganzes zu betonen. Gewisse Vorbehalte in Bezug auf den Vertrag zwischen der Sowjetunion und der BRD gebe es, laut Ahlers, auch von Seiten Pompidous, der unter anderem damit unzufrieden sei, dass der Vertrag einen „Schatten“ auf seinen bevorstehenden Besuch in der Sowjetunion werfe. Allerdings, so merkte Ahlers an, habe die französische Regierung insgesamt bei der Einschätzung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages keine einheitliche Position.

Im Laufe des Gesprächs gab Ahlers so weit wie möglich zu verstehen, dass eine derartige negative Stimmung in den Regierungskreisen Frankreichs in Bezug auf Westberlin neutralisiert werden könne, wenn andere interessierte Seiten, einschließlich der Sowjetunion und der BRD, die Bereitschaft zeigten, in dieser Frage eine entsprechende Regelung zu erzielen. In diesem Zusammenhang betonte Ahlers auch die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit bilateraler vertraulicher und informeller Kontakte zwischen den Regierungen der Sowjetunion und der BRD in der Westberlin-Frage. Ahlers wies darauf hin, dass dies zu einem vernünftigen Abkommen beitragen könne.

2. Sowjetisch-westdeutscher Vertrag. Ich sagte Ahlers, die westdeutsche Seite sollte die in Moskau erzielte Übereinkunft über die notwendige Unterlassung einseitiger Interpretationen des Vertrages, die dem Inhalt und dem Geist dieses Dokuments widersprechen oder entgegenliegen, strikt einhalten. Ich betonte, dass einige Auftritte offizieller Vertreter der BRD, darunter auch von Egon Bahr, dieser Übereinkunft zuwiderliefen.

Ahlers versuchte, die Handlungen der Regierung in dieser Frage zu rechtfertigen, indem er behauptete, in Erklärungen von offiziellen Vertretern der BRD sei nichts enthalten, was dem Vertragsinhalt nicht entspreche. Er merkte an, dass die Opposition mit aller Kraft danach strebe,

die Regierung zu einer im Widerspruch zum Vertrag stehenden Interpretation anzuhalten. Darauf zielte unter anderem der Vorschlag des Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von Wrangel, über die Verabschiedung einer gemeinsamen Bundestagsresolution, in der die von der CDU/CSU erarbeitete Auslegung des Vertrages erfolgen sollte. Die Regierung, betonte der Gesprächspartner, verstehe die Gefahr einer solchen Entwicklung und werde diesen Weg nicht beschreiten. Ahlers merkte an, dass Brandt im Bemühen, eine öffentliche Polemik um die Interpretation des Vertrags zu vermeiden, darauf beharrt habe, die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition zu den im Zusammenhang mit dem Vertrag stehenden Fragen der Geheimhaltung zu unterziehen.

Ich fragte Ahlers, wann die Regierung der BRD beabsichtige, die Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen Vertrags vorzunehmen.

Ahlers sagte, die Regierung habe nicht die Absicht, den Ratifizierungsprozess zu verzögern. Er gab zu verstehen, dass, falls sich nach den nächsten beiden Verhandlungsrunden zu Westberlin ein bestimmter Fortschritt abzeichne, die Bundesregierung das Vertragsratifizierungsverfahren etwa im November in der Absicht aufnehmen könne, die dritte Lesung des zu ratifizierenden Dokuments im Bundestag nach dem Abschluss der Verhandlungen in Berlin stattfinden zu lassen. Somit, betonte Ahlers, würde die Ratifizierung Ende Dezember oder im Januar zur Gänze abgeschlossen sein.

3. Verhandlungen mit Polen. Bis dahin, merkte der Gesprächspartner an, möchte die Regierung die Verhandlungen mit Polen abschließen. Ihm zufolge sei die Verzögerung des Beginns der offiziellen polnisch-westdeutschen Verhandlungen dadurch bedingt, dass Scheel diese persönlich führen wolle, er aber in den kommenden Wochen sehr beschäftigt sein werde. Zudem, ergänzte Ahlers, würden einige politische Akteure der BRD (er nannte keine Namen) sogar dafür eintreten, die Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen nicht zu forcieren. Ahlers sagte, dass es gewisse Schwierigkeiten auch bei der Abstimmung des Vertragstextes gebe, weil die Volksrepublik Polen in der Frage der Oder-Neiße-Grenze auf Formulierungen bestehe, die weit über die im sowjetisch-westdeutschen Vertrag verankerten Bestimmungen hinausgingen.

Ahlers sagte weiter, dass nach Ansicht Brandts die weitere Vorgehensweise der Bundesregierung in Fragen der „Ostpolitik“ „idealerweise“ folgenden Ablauf vorsehe: 1) Abschluss der Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen². 2) Erzielung einer Regelung zu Westberlin. 3) Parallel dazu die Ratifizierung des Vertrages zwischen der BRD und der Sowjetunion. 4) Verhandlungen mit der DDR. 5) Verhandlungen mit der ČSSR.

4. Verhandlungen mit der DDR. In Bezug auf die DDR, merkte Ahlers an, könne diese Reihenfolge abgeändert werden. Besonders betonte er das Interesse der Bundesregierung an einer schnellstmöglichen Wiederaufnahme des „innerdeutschen Dialogs“. Ahlers brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass sich ungeachtet der in letzter Zeit mehrmals abgegebenen öffentlichen Erklärungen Brandts, die einen beinahe offenen Aufruf zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen enthielten, die Regierung der DDR weiterhin in Schweigen übe. Für uns, so Ahlers, sei es aus innenpolitischen Erwägungen sehr wichtig, in naher Zukunft zumindest die Vorverhandlungen mit der DDR auf Expertenebene zu beginnen.

5. Gesamteuropäische Konferenz. Ich habe Ahlers unsere Position zur Frage der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz dargelegt. Ich erkundigte mich nach der Haltung der westdeutschen Regierung zu dieser Frage, indem ich die Notwendigkeit betonte, dass seitens aller europäischen Staaten, einschließlich der BRD, konkrete Schritte zur Vorbereitung der Konferenz gesetzt werden müssten. Ahlers merkte an, dass die Bundesregierung in dieser Frage beabsichtige, sich strikt an die in der „Absichtserklärung“ festgeschriebene Übereinkunft zu halten. Seiner Meinung nach könnte man gegenwärtig anstelle der Einberufung einer Konferenz der Botschafter in Helsinki, die nicht in der Lage sein würden, sich auf irgendetwas zu einigen, damit beginnen, die Positionen der interessierten Staaten hinsichtlich des Konferenztermins und ihrer endgültigen Tagesordnung auf diplomatischem Wege abzugleichen.

² Nach dem Wort „Verhandlungen“ wurde nachträglich die Wörter „mit der Volksrepublik Polen“ ms. eingefügt.

6. Die Lage in der CDU/CSU und in der FDP. Hinsichtlich der Haltung der CDU/CSU zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag sagte Ahlers, dass es dazu in den Ansichten von Oppositionspolitikern erhebliche Unterschiede gebe. Eine Reihe von CDU/CSU-Politikern und besonders Barzel und auch Schröder, der, wie Ahlers sich ausdrückte, selbst einen solchen Vertrag nur allzu gern unterzeichnen würde, trete dafür ein, dass man an die Übereinkunft zwischen der BRD und der Sowjetunion nicht vom Blickwinkel kurzfristiger Interessen der einen oder anderen Partei, sondern ausgehend von einer umfassenderen Perspektive herangehen solle. Nach Ahlers Einschätzung würde eine andere Gruppe von Oppositionsangehörigen – darunter vor allem Strauß und Kiesinger – den Vertrag nur aus heutiger Sicht bewerten. Für Strauß gehe es in erster Linie um einen eindrucksvollen Sieg bei den bayerischen Landtagswahlen, der es ihm, seiner Meinung nach, weiterhin erlauben würde, entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung des politischen Kurses der CDU/CSU auszuüben. Unter Berücksichtigung des dezidierten Konservatismus der Bevölkerung Bayerns beabsichtige Strauß, seinen Wahlkampf auf der Grundlage einer totalen Ablehnung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages und der gesamten „Ostpolitik“ der Regierung zu betreiben. Was Kiesinger betreffe, merkte Ahlers weiter an, so Sorge sich dieser einzig darum, die Funktion des Parteivorsitzenden für zumindest noch einige Zeit zu behalten, wobei er auf die Unterstützung von Strauß baue. Der Gesprächspartner betonte, dass diese Erwägungen von Strauß und Kiesinger in vielerlei Hinsicht auch deren negative Haltung gegenüber einer Verschiebung des für November d. J. geplanten CDU-Parteitages bestimmt hätten. Sie möchten schnellstmöglich, und zwar bereits auf diesem Parteitag, die negative Haltung der Christdemokraten zum Vertrag zwischen der Sowjetunion und der BRD festschreiben. Die Schröder-Barzel-Gruppe jedoch, die in dieser Frage weiterhin für eine abwartende Haltung der Partei eintrete, habe auf einer Verschiebung des Parteitages beharrt. Offensichtlich, fügte Ahlers hinzu, hätten Barzel, Schröder und ihre Mitstreiter darauf spekuliert, dass es ihnen bei einem derart „nach hinten verlegten“ Parteitag leichter fallen werde, die Frage nach der Wahl eines neuen Parteivorsitzenden zu stellen.

In Bezug auf die FDP merkte Ahlers an, dass es – ungeachtet des Umstandes, dass der Beschluss des Präsidiums dieser Partei über die Einleitung eines Ausschlussverfahrens des Bundestagsabgeordneten Zoglmann einen überaus mutigen Akt darstelle – gegenwärtig jedoch noch schwer zu sagen sei, wie sich all dies in der Praxis niederschlagen werde und inwiefern ein solcher Schritt im Hinblick auf die Bewahrung der Einheit in den Reihen der FDP gerechtfertigt und zweckmäßig sei.

Der Botschafter der UdSSR in der BRD

S. Carapkin³

³ Hs. unterzeichnet.